



Polizeiliche Kriminalstatistik 2021

Offenbach, 24.02.2022

Polizeipräsident Eberhard Möller zur Kriminalstatistik 2021:

„Die Menschen in Südosthessen leben in einer sicheren Region“

- § Anzahl der registrierten Straftaten erstmals unter 40.000
- § Aufklärungsquote in Südosthessen deutlich gestiegen
- § Zahl der Wohnungseinbrüche hat sich im Vergleich zu 2019 nahezu halbiert, Diebstahlsdelikte gehen gegenüber 2020 um über 12 Prozent zurück
- § Polizei verstärkt den Kampf gegen Kinderpornografie

Offenbach: „Ich freue mich sehr darüber, dass sich die positive Entwicklung der letzten Jahre sowohl in Bezug auf den Rückgang der Fallzahlen, als auch bei der Steigerung der Aufklärungsquote auch im Jahr 2021 fortgesetzt hat“, so **Polizeipräsident Eberhard Möller** anlässlich der heutigen Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Polizeipräsidiums Südosthessen.

„Die PKS ist nicht nur für die Öffentlichkeit und die Bevölkerung unseres Dienstgebietes von großem Interesse, sondern auch für alle Beschäftigten des Polizeipräsidiums Südosthessen. Denn sie ist nicht nur Gradmesser der Kriminalitätsentwicklung in der Re-

Ansprechpartner:

HSG Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
63071 Offenbach, Spessartweg 61
Telefon: 069 8098-1200
Telefax: 0611 327665014

eMail: poea.ppsoh@polizei.hessen.de
Pressemitteilungen im Internet:
www.polizei.hessen.de oder www.presseportal.de

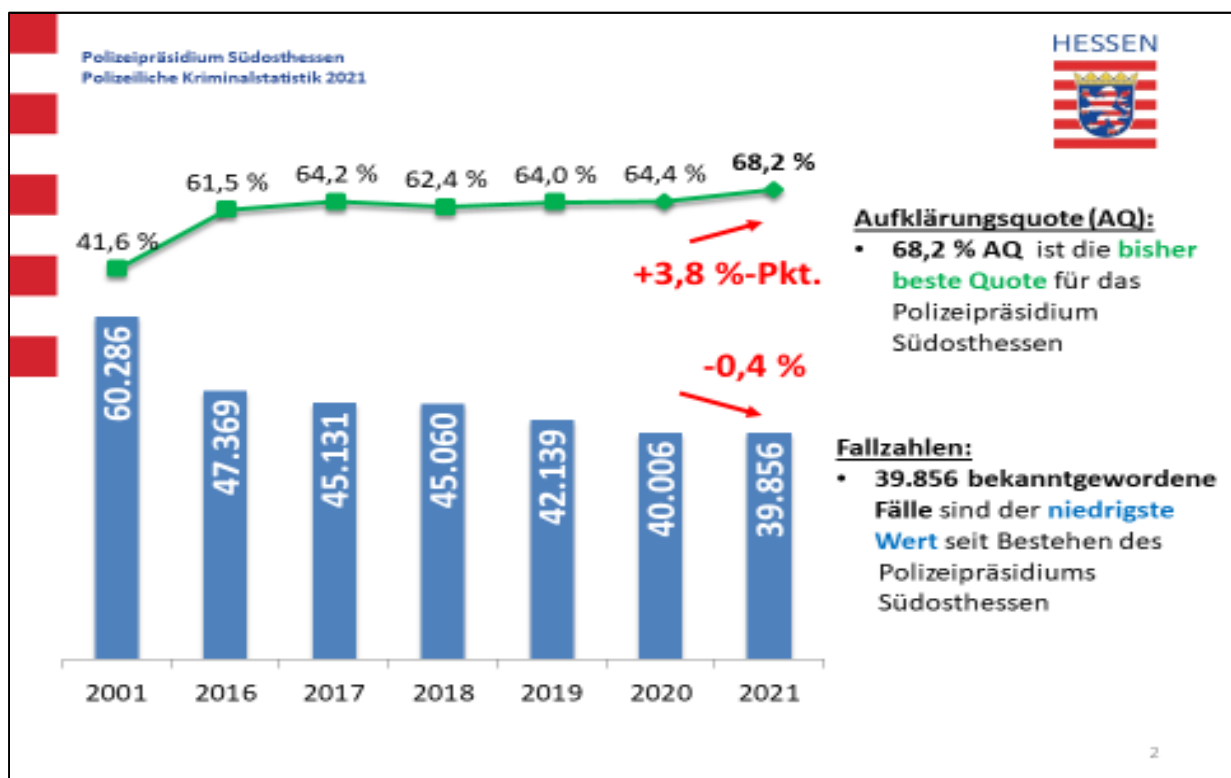
gion, sondern auch ein Beleg der erfolgreichen Polizeiarbeit, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch im vergangenen Jahr wieder in hervorragender Weise geleistet haben, so dass sich die Menschen hier weiterhin sehr sicher fühlen können. Dafür möchte ich allen, die dazu beigetragen haben, an dieser Stelle herzlich danken.“

I. Entwicklung der Gesamtkriminalität

Wie bereits in den Vorjahren, hat sich der Trend mit einer geringeren Kriminalitätsbelastung bei gesteigerter Aufklärungsquote im Polizeipräsidium Südosthessen auch für das Jahr 2021 fortgesetzt. Damit fiel auch die Kriminalitätsbelastung mit 4.384 Straftaten pro 100.000 Einwohner auf den geringsten Wert (2020: 4.413) der letzten 20 Jahre. Für Hessen insgesamt liegt diese Zahl bei 5.340.

Polizeipräsident Möller: „Mit 39.856 Delikten haben wir zwar „nur“ 150 Straftaten weniger registriert als im Vorjahr, aber damit erstmals seit Bestehen des PP Südosthessen die Grenze von 40.000 Fällen unterschritten. Die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, war damit noch nie so gering wie im letzten Jahr.“

Die Aufklärungsquote konnte in 2021 auf 68,2 Prozent gesteigert werden, sie liegt deutlich über dem Wert des Vorjahres (64,4%) und stellt einen historischen Höchststand für das Polizeipräsidium Südosthessen seit dessen Gründung im Jahr 2001 dar.



II. Kriminalitätsentwicklung im Kontext der Corona-Pandemie

Durch die notwendig gewordenen Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie kam es in den vergangenen beiden Jahren zu Aufgabenverschiebungen für die hessische Polizei. So gab es deutlich weniger Großveranstaltungen wie beispielsweise Konzerte, Fußballspiele oder andere Veranstaltungen, die begleitet werden mussten.

Allerdings unterstützten die Beamtinnen und Beamten die originär zuständigen Behörden und Ämter bei Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung der Corona-Verordnungen oder begleiteten verstärkt Veranstaltungen in diesem Kontext, die im vergangenen Jahr stark zugenommen haben. Bei den Einsatzmaßnahmen setzte die hessische Polizei dabei auf den kommunikativen Weg. Sowohl bei festgestellten Verstößen als auch bei der Begleitung von Demonstrationen wurde im persönlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern versucht, Akzeptanz und Rücksichtnahme zu bewirken und zu einem friedlichem Versammlungsgeschehen beizutragen. Im Jahr 2021 mussten dennoch 1.771 Verstöße im Zuge der Amtshilfe alleine von der Polizei aufgenommen werden. Hierbei handelt es sich ganz überwiegend um Ordnungswidrigkeiten.

Der Einfluss von Corona auf die Kriminalitätsentwicklung muss sicher differenziert betrachtet werden. Die damit verbundenen Einschränkungen hatten beispielsweise Einfluss auf die Mobilität der Menschen insgesamt, auf die Präsenz im öffentlichen Raum und haben gewissermaßen zu einer Veränderung von Tatgelegenheiten beigetragen. Unterschieden werden muss auch danach, welche Straftaten unmittelbar oder nur mittelbar mit der Pandemie in Zusammenhang stehen.

Im Jahr 2021 wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen 217 Straftaten erfasst, die eindeutig im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen dürften. Hierunter zählen 29 Fälle von **Sachbeschädigung**, hauptsächlich durch das Aufsprühen von Parolen in der Öffentlichkeit oder aber auch das Beschmieren oder Zerstören von entsprechenden Werbebannern. Im Februar 2021 wurde bei einem Hanauer Impfzentrum eine Scheibe in vier Metern Höhe eingeworfen; im September 2021 setzten Unbekannte in Dreieich ein Wohnmobil in Brand, welches tagsüber als mobiles Corona-Testzentrum genutzt wurden. Bei dem Feuer wurden ein danebenstehender PKW, sowie eine Mauer und ein Gebüsch in Mitleidenschaft gezogen.

Insgesamt wurden auch 20 **Diebstähle** aufgenommen, die im Zusammenhang mit der Pandemie stehen. In erster Linie hatten es die Diebe auf sogenannte Pandemie-Ware, also medizinische und FFP-2-Masken abgesehen. Darüber hinaus wurden auch elektronische Geräte oder Stempel aus Impfzentren entwendet.

Wie bereits im Jahr 2020 wurden auch im Jahr 2021 Ermittlungsverfahren wegen **Subventionsbetrugs** in Zusammenhang geführt, die auch im Zusammenhang mit Corona-Soforthilfen standen. Die Zahlen waren im direkten Jahresvergleich zwar rückläufig (von 86 auf 66 Fälle), allerdings stellte sich für die Ermittler die Vorwurfslage nunmehr deutlich breitgefächerter dar. Während im Jahr 2020 überwiegend das betrügerische Erlangen von Corona-Soforthilfen angezeigt wurde, so wurden im Jahr darauf Fälle von Überbrückungshilfen I bis III, Neustarthilfe, November- und Dezemberhilfe, Mikroliquiditätsdarlehen bis hin zu Kurzarbeitergeld und dem Pflegeschutzschirm der Krankenkassen für Pflegeeinrichtungen zur Anzeige gebracht. Neben vereinzelten Hinweisen aus der Bevölkerung erstatteten in den meisten Fällen die prüfenden Behörden „von Amts wegen“ Anzeige bei der Polizei. Zudem kamen Geldinstitute ihrer Verpflichtung nach dem Geldwäschegesetz nach und meldeten verdächtige Sachverhalte der Kriminalpolizei. Die Komplexität der staatlichen Hilfen und Förderungen und der in Zusammenhang stehenden Auswertungen stellen die Ermittlungen in diesem Bereich die Kriminalpolizei seit Beginn der Pandemie vor neue und beträchtliche Herausforderungen.

Im Zusammenhang mit Corona haben Betrüger auch bereits bekannte Maschen verändert. Statt dem bereits hinreichend bekannten „Glas-Wasser-Trick“ oder „Zettel-Trick“ treten die Täter nunmehr an der Haustür als **vermeintliche Mitarbeiter von Gesundheitsämtern** auf und suchen sich als Opfer gezielt ältere Menschen aus. Das Ziel ist jedoch stets gleich, sich selbst oder für einen Komplizen einen Zutritt in die Wohnung der Opfer zu verschaffen und dort nach Beute zu suchen.

Eine ebenso verbreitete Masche sind sogenannte **Schockanrufe**, die sich auch meist an Seniorinnen und Senioren richten: Am Telefon wird eine fingierte dramatische Situation geschildert (beispielsweise eine angeblich sofort notwendige und kostenintensive Corona-Behandlung, aber auch ein durch einen Verwandten verursachten Verkehrsunfall mit Toten, der eine Kautions erfordert), für welche ein hoher Bargeldbetrag erforderlich sei. Auch wenn die Polizei immer wieder auf die Maschen und Tricks der Täter

hinweist, finden diese immer wieder Opfer und es ist wichtig, das Gespräch mit Angehörigen zu suchen und über diese Betrugsmaschen zu sprechen. Eine Vielzahl der Taten lässt sich dann bereits im Vorfeld verhindern.

Mit Einführung der 3G-Regelung in Hessen im Herbst 2021 ließ sich auch hier in der Region ein Anstieg von Delikten mit **gefälschten Gesundheitszeugnissen** feststellen. Um dieser neuen Deliktsform bestmöglich zu begegnen, wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Südhessen zwei Arbeitsgruppen eingerichtet (AG „Vac“ im Bereich Main-Kinzig und die AG „gelb“ im Bereich Offenbach), die im ständigen Austausch mit dem Hessischen Landeskriminalamt stehen. Dort werden alle in Hessen bekanntgewordenen Fälle erfasst und die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Fälscher zentral analysiert. Valide Daten zu diesem Deliktsbereich sind allerdings erst im kommenden Jahr zu erwarten. Die hessische Polizei sensibilisiert die Bürgerinnen und Bürger mit dem Aufkommen neuer Betrugsmethoden gezielt über die kostenlose App hessen-WARN, über Soziale Medien und in der Tagespresse. Anstelle der üblichen Präsenzberatungen werden diese online angeboten.

Als erfreuliches Beispiel ist eine gemeinsam mit der Sparkasse Langen-Seligenstadt durchgeführte Vortragsveranstaltung mit 571 registrierten Teilnehmer. Hier ging es in erster Linie um betrügerische Anrufe von falschen Microsoft-Mitarbeitern. Diese versuchen, einen Zugang zum Computer ihres Opfers zu erlangen.

In einem mittelbaren Zusammenhang mit der Corona-Pandemie steht die Entwicklung der Fälle von **häuslicher Gewalt**. Die Annahme, dass durch die Pandemie die Gewalt in sozialen Nahraum zugenommen hat, lässt sich durch die Zahlen der PKS nicht belegen. In allen Fällen häuslicher Gewalt leitet die Polizei ein Strafverfahren von Amts wegen ein.

Die im Polizeipräsidium Südhessen bekannt gewordenen Fälle von häuslicher Gewalt sind im Vergleich von 2020 auf 2021 leicht zurückgegangen. Waren es in 2020 noch 1.159 Fälle, wurden in 2021 noch 1.148 Straftaten registriert. Zum überwiegenden Teil handelt es sich Körperverletzungen (755 Fälle), gefolgt von Bedrohungen (136 Fälle). Da es sich stets um Beziehungstaten handelt, liegt die Aufklärungsquote bei 100 Prozent. Wie groß allerdings das Dunkelfeld ist, lässt sich daraus nicht solide abschätzen.

Aus der Gewaltspirale können sich die Opfer und vor allem auch die Kinder meist nicht selbst befreien; Intervention von außen ist oft die einzige Möglichkeit, wie diese Straftaten aufgedeckt werden und Opfern geholfen werden kann. Bei den Betroffenen besteht oftmals ein hoher Beratungsbedarf, daher verfolgt das Polizeipräsidium Südosthessen seit zwei Jahren einen proaktiven Ansatz für die Stadt und den Landkreis Offenbach. In Zusammenarbeit mit dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. nehmen dortige Mitarbeiterinnen nach einer Information durch die Polizei entsprechend Kontakt zu den Betroffenen auf.

Beförderungsererschleichung

Als Folge der vermehrten Kontrollen im öffentlichen Raum und insbesondere in öffentlichen Verkehrsmitteln ist die deutliche Fallzahlenzunahme im Bereich „Beförderungsererschleichung“ zu sehen. Wurden im Jahr 2020 noch 2.016 Personen ohne gültigen Fahrschein angetroffen, waren es in 2021 insgesamt 3.018 Fälle, somit eine Zunahme von 49,7 Prozent (plus 1.043 Fälle).

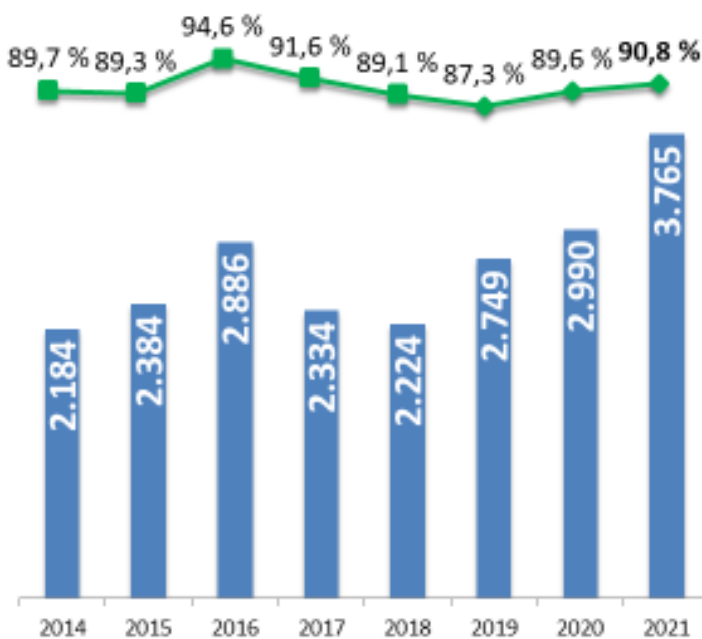
Hierbei handelt es sich um ein klassisches Kontrolldelikt, entsprechend hoch fällt die Aufklärungsquote (98,6 Prozent) aus.

Internetkriminalität gestiegen – Polizei passt Ausbildung an

Bereits seit Ausbruch der Corona-Pandemie zum Jahreswechsel 2019/2020 im Bereich ist eine Zunahme bestimmter Formen der Internetkriminalität zu verzeichnen. Während im Jahr 2019 noch 2.749 Delikte registriert wurden, waren es im Jahr darauf schon 2.990 Fälle. Im aktuellen Betrachtungszeitraum stiegen die Fallzahlen auf 3.765 an. Gleichzeitig konnte aber auch die Aufklärungsquote von 87,3 über 89,6 auf nunmehr 90,8 Prozentpunkte verbessert werden. Hierunter fallen zum Beispiel Vermögens- und Fälschungsdelikte, die rund 60 % aller Fälle (2.265 Straftaten) ausmachen.

*„Um der Internetkriminalität zukünftig noch besser entgegen treten zu können, hat die Hessische Polizei für den Studiengang eine Vertiefungsrichtung „Cyberkriminalistik“ für Bewerberinnen und Bewerber eingeführt, die ein besonderes Interesse an Informatik / Informationstechnik mitbringen“, erklärte **Stefanie König**, Leiterin der Kriminaldirektion.*

Internetkriminalität



Fallzahlen:

- Eindeutige Zunahme in diesem Bereich (+ 775)
Zugleich Anstieg der Aufklärungsquote
- Davon ca. 60 % (= 2.265 Taten) Vermögens- und Fälschungsdelikte

14

III. Besondere Phänomene

Sprengung von Geldausgabeautomaten (GAA)

Die Anzahl von Geldautomaten-Sprengungen hat in Hessen im Vergleich zum Vorjahr erheblich zugenommen. Von den landesweit registrierten 56 Taten ereigneten sich 22 im Bereich des PP SOH (Vorjahr 11 Fälle). Dies dürfte unter anderem an der geografischen Lage im Rhein-Main-Gebiet mit den vielen überregionalen Verkehrsanbindungen und einer Vielzahl an Geldausgabestellen begründet sein.

*„Durch den vermehrten Einsatz von Sprengstoffen riskieren die Täter rücksichtslos Menschenleben und gehen zugleich immer gewaltbereiter vor“, so Polizeipräsident **Eberhard Möller**. „Es darf daher nichts unversucht gelassen werden, um mit aller Entschlossenheit die hochkriminellen Täter zu bekämpfen und mit gezielter Prävention diese gefährlichen Sprengungen zu verhindern“.*

Ziel ist es, den gemeinsamen Kampf gegen diese Form von organisierter Kriminalität mit einer breit aufgestellten hessischen Sicherheitsallianz zu intensivieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen, dass insbesondere präventive Maßnahmen der Schlüssel sind, um dieses Phänomen nachhaltig zu bekämpfen.

Im Jahr 2021 wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen anlassbezogen Beratungsgespräche bei Geldinstituten durchgeführt, wobei in allen Fällen auf die landesweit mit dem Hessischen Landeskriminalamt abgestimmten Maßnahmen hingewiesen wurde. Dabei traten die polizeilichen Berater grundsätzlich an die Zentralstellen der GAA-Betreiber heran. Die von der Polizei ausgesprochenen Empfehlungen wurden dankbar angenommen und eine Umsetzung nach Möglichkeit zugesichert. So prüfen mehrere Geldinstitute die Ausstattung der Automaten mit einem sogenannten Geldfärbemittel, welches im Falle einer Sprengung die Scheine unbrauchbar macht. Dies hat in den benachbarten Niederlanden und Frankreich bereits zu einem spürbaren Rückgang der Fallzahlen geführt.

Kinderpornografie / BAO Fokus

Die Leiterin der Kriminaldirektion, **Stefanie König**, macht deutlich: *„Der Kampf gegen Kinderpornografie und den sexuellen Missbrauch von Kindern hat für uns höchste Priorität. Um Sexualstraftätern habhaft zu werden, müssen wir alle rechtlichen und taktischen Mittel ausschöpfen. Wir setzen alles daran, sexuellen Missbrauch und weitere schreckliche Verbrechen gegen Kinder zu verhindern. Denn hinter jeder kinder- und jugendpornografischen Darstellung steckt mindestens ein betroffenes Kind.“*

Alleine in 2021 wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen 470 Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von Kinderpornografie eingeleitet, ein Plus von 293 Fällen im Vergleich zu 2020. Der sexuelle Missbrauch von Kindern hingegen war rückläufig von 151 auf 107 Fälle (minus 29,1 Prozent). Eine „Besondere Aufbauorganisation“ (BAO) FOKUS (Fallübergreifende Organisationsstruktur gegen Kinderpornografie Und Sexuellen Missbrauch von Kindern) der Hessischen Polizei bündelt seit Oktober 2020 auf Landes- und auch auf regionaler Ebene alle strategischen und polizeilichen Maßnahmen, um Kindesmissbrauch und Kinderpornographie in Hessen mit aller Härte zu bekämpfen. Die BAO FOKUS ist im LKA zentral angesiedelt und hat in sämtlichen Polizeipräsidien Regionalabschnitte gebildet, um zentral koordiniert landesweit Ermittlungsverfahren zu führen. Mit über 160 Ermittlerinnen und Ermittlern verfolgt die hessische Polizei gezielt Sexualverbrechen an Schutzbefohlenen. Zur Verfolgung hessischer Sexualstraftäter setzt die BAO auch Zielfahnder ein.

BAO Fokus

Gezielte Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie

Sexueller Missbrauch von Kindern



Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von Kinderpornografie

Fallzahlen:

Hoher Anstieg durch Zunahme im Bereich Kinderpornografie (+ 165,5%) im Online-Bereich und aufgrund gesetzlicher Meldepflichten



18

„Zur Fallzahlensteigerung vor allem im Deliktsbereich der Verbreitung kinderpornografischer Inhalte haben die gesetzlichen Meldeverpflichtungen der Internet-Provider und die verbesserten polizeilichen Möglichkeiten der digitalen Spurensuche und -sicherung beigetragen. Da der Verbreitung regelmäßig ein sexueller Missbrauch von Kindern zugrunde liegt, wird die Polizei zur Bekämpfung dieser Taten auch weiterhin all ihre technischen, taktischen und rechtlichen Möglichkeiten einsetzen“, so **Stefanie König** weiter.

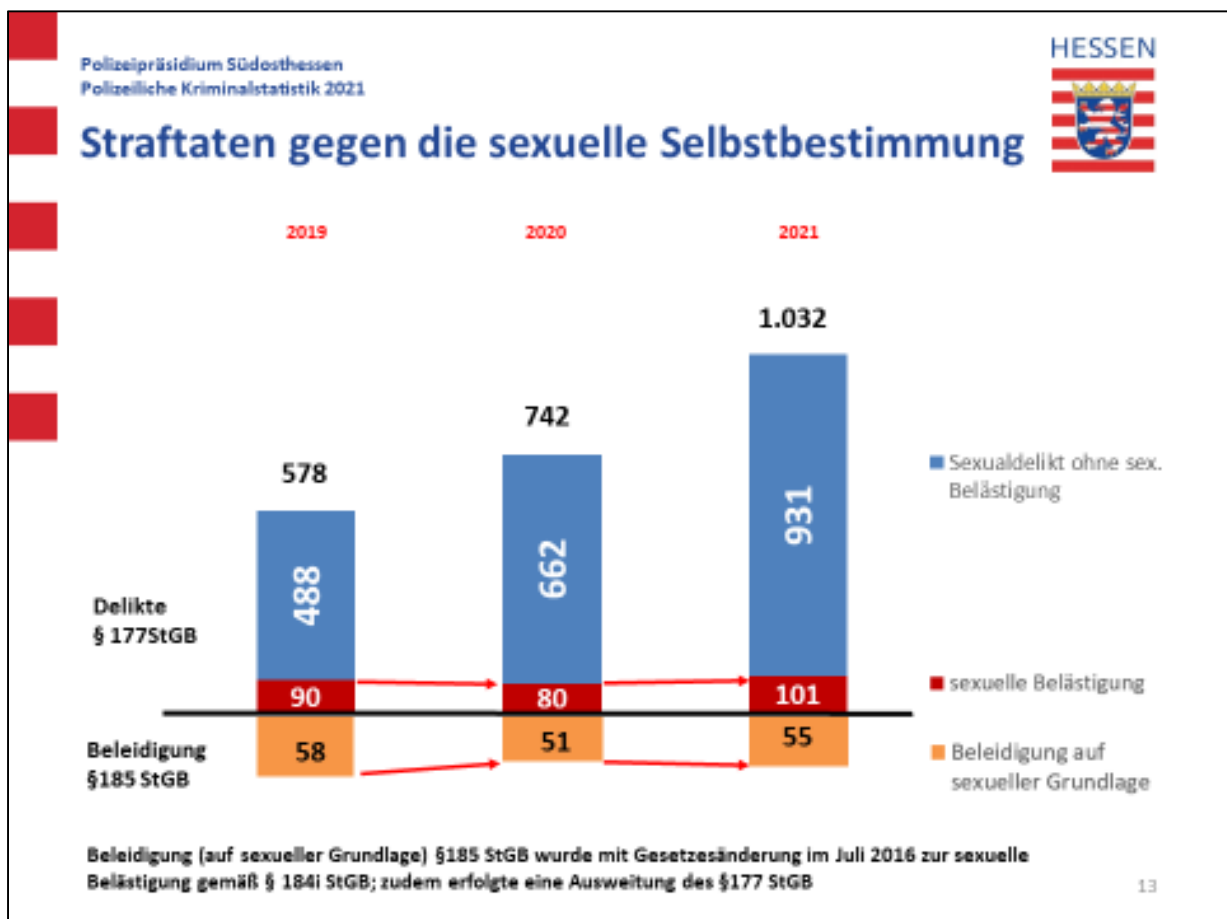
Im vergangenen Jahr wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen insgesamt 250 Durchsuchungen durchgeführt, zwei Haftbefehle vollstreckt und annähernd 3.400 Beweisgegenstände (unter anderem PCs und Notebooks, externe Speichergeräte, Spielekonsolen, CDs/DVDs und mobile Endgeräte) sichergestellt. Zudem erfolgten bei mehr als 50 Beschuldigten erkennungsdienstliche Maßnahmen.

Die Steigerung der Fallzahlen lässt sich im Wesentlichen auf die polizeiliche Schwerpunktsetzung zur Bekämpfung dieser Delikte zurückführender, durch die es gelungen ist, diese Straftaten aus dem sogenannten Dunkelfeld ins Hellfeld zu rücken und viele der Täter aus ihrer Anonymität heraus zu holen.

Mehr Fälle von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

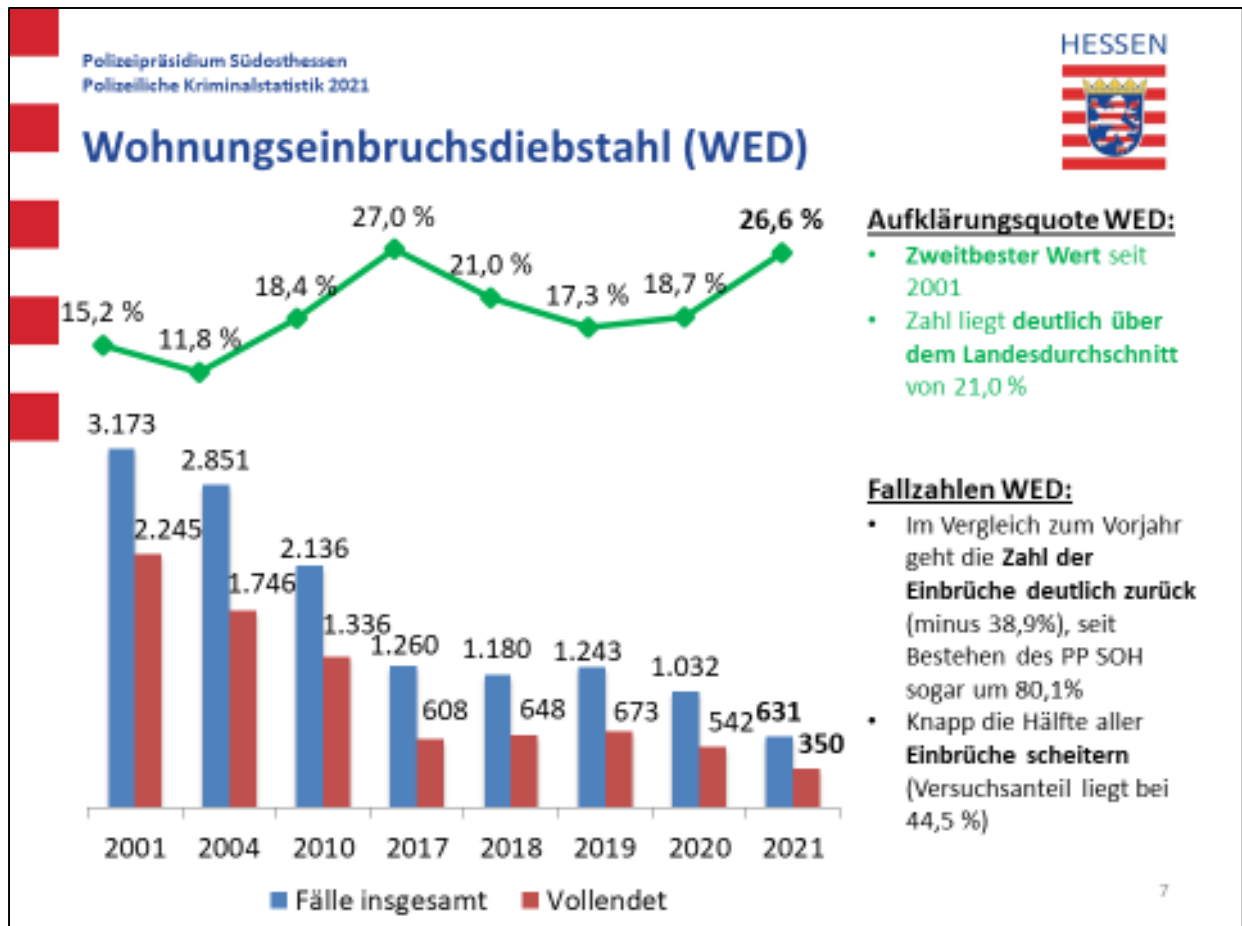
Die durch den Regionalabschnitt der BAO FOKUS beim PP Südosthessen bearbeiteten Fälle schlagen statistisch naturgemäß bei den erfassten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu Buche, die dieser Entwicklung folgend im Vergleich zum Vorjahr zugenommen haben.

Wurden in 2020 noch 742 Verfahren bearbeitet, kam es im Jahr 2021 zu 1.032 Anzeigenerstattungen, ein Plus von 39 %. Einen Großteil macht hierbei das Verbreiten pornografischer Schriften mit 577 Fällen und einer signifikanten Steigerung zum Vorjahr (276 Fälle) aus. Mit 96,9 Prozent Aufklärungsquote konnten erneut fast alle Delikte aufgeklärt werden (Vorjahr 98,2 Prozent). Die Abweichung zu den Zahlen, die für die BAO FOKUS dargestellt sind, begründet sich darin, dass beim PP SOH darüber hinaus Delikte bearbeitet wurden, die nicht über die Zuweisung der Delikte durch das HLKA hier bekannt geworden sind.



Wohnungseinbruchsdiebstahl (WED) erneut zurückgegangen

„Die positive Entwicklung rückläufiger Fallzahlen der vergangenen Jahre setzte sich auch im Jahr 2021 fort. Zudem ist die Aufklärungsquote des PP Südosthessen im Bereich des Wohnungseinbruchsdiebstahls so hoch wie nie. Die Bürgerinnen und Bürger in der Region leben in ihren eigenen vier Wänden so sicher wie noch nie zuvor“, fasst Polizeipräsident **Eberhard Möller** das aktuelle Ergebnis zusammen.



So erfasste die Polizei im gesamten Dienstbezirk im vergangenen Jahr insgesamt 631 Fälle (2020: 1.032). Auch die Zahl der vollendeten Delikte nahm von 542 auf 350 spürbar ab. Mittlerweile scheitert damit nahezu jeder zweite Versuch. Die Aufklärungsquote ist mit 26,6 Prozent auf einem erfreulich hohen Stand.

Dazu **Dirk Fornoff**, Leiter der Abteilung Einsatz: „Der seit Jahren anhaltende Rückgang ist neben konsequenter Polizeiarbeit möglicherweise in Teilen auch den Pandemieeffekten geschuldet. Es gab deutlich weniger reisende Täter und die Bürgerinnen und Bürger waren häufiger zuhause, was die Tatgelegenheiten reduzierte. Gezielte polizeiliche Kontrollen und verstärkte Präsenz in Wohngebieten haben potenzielle Täter abgeschreckt und unsere intensiven Beratungsmaßnahmen haben den Zugang zu den

Tatobjekten erschwert. Wir werden in unserem Kampf gegen Wohnungseinbrecher jedoch nicht nachlassen, denn sie verursachen nicht nur Sachschäden, sondern verunsichern die Geschädigten nachhaltig.“

Mit der Prognosesoftware „KLB-operativ“ (KLB steht für **K**riminalitäts**L**age**B**ild) steht den Ermittlern ein effektives Computer-Programm zur Verfügung, um insbesondere Einbruchsserien frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden. Es leitet aus polizeilichen Datenbeständen räumliche und zeitliche Schwerpunkte zu Wohnungseinbrüchen ab und erkennt damit Verhaltensmuster von sogenannten reisenden Tätern.

Gewalt gegen Einsatzkräfte

Tausende von Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräften sorgen tagtäglich für Sicherheit, Schutz und professionelle Hilfe in unserem Land. Leider kommt es aber immer wieder zu Angriffen auf Einsatzkräfte, ob bei Großereignissen oder im alltäglichen Dienst. Einsatzkräfte werden bedroht, bespuckt, getreten und geschlagen.

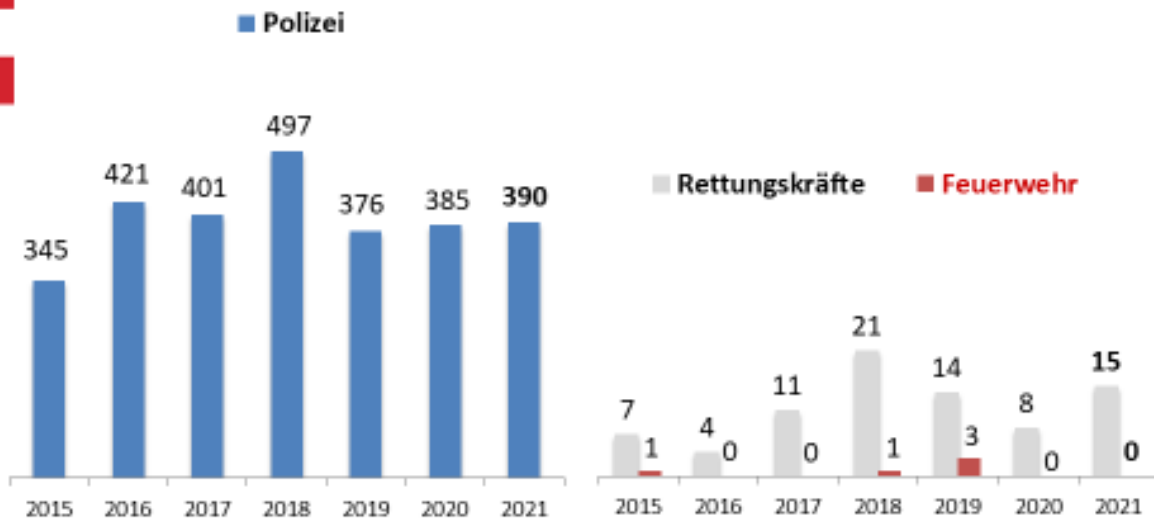
Hierzu sagt **Dirk Fornoff**, Leiter der Abteilung Einsatz: *„Erst vor wenigen Tagen kamen im benachbarten Rheinland-Pfalz eine 24-jährige Polizeianwärterin und ihr 29 Jahre alter Kollege ums Leben, als sie ein Fahrzeug kontrollieren wollten. Angriffe wie diese auf Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte stellen Angriffe auf unsere Gesellschaft, unseren Rechtsstaat und auf unsere Werte dar. Das werden wir keinesfalls akzeptieren. Die Zahl der Gewalt gegen Polizeibeamte ist in unserem Präsidium in den letzten drei Jahren zwar weitgehend konstant geblieben, gleichwohl ist jeder Angriff gegen eine Kollegin oder einen Kollegen ein Angriff zu viel.“*

Die Mehrzahl der für den Polizeialltag typischen Widerstandshandlungen entsteht aus niedrigschwelligen Kontrollsituationen von alkoholisierten Personen bzw. Personengruppen. Das Verhindern von Konflikten und der professionelle Umgang bei sich aufschaukelnden Prozessen ist eine große Herausforderung im alltäglichen Dienst der Beamtinnen und Beamten. Sie werden daher bereits im Rahmen des Polizeistudiums und weiteren Fortbildungen professionell geschult, möglichen Gewaltsituationen deeskalierend entgegenzutreten.

2021 wurden insgesamt 390 Polizeibeamtinnen und -beamte Opfer einer Straftat (Vorjahr 385). In 182 Fällen waren sie gar Ziel tätlicher Angriffen und Widerstandshandlungen (2020: 180 Fälle).



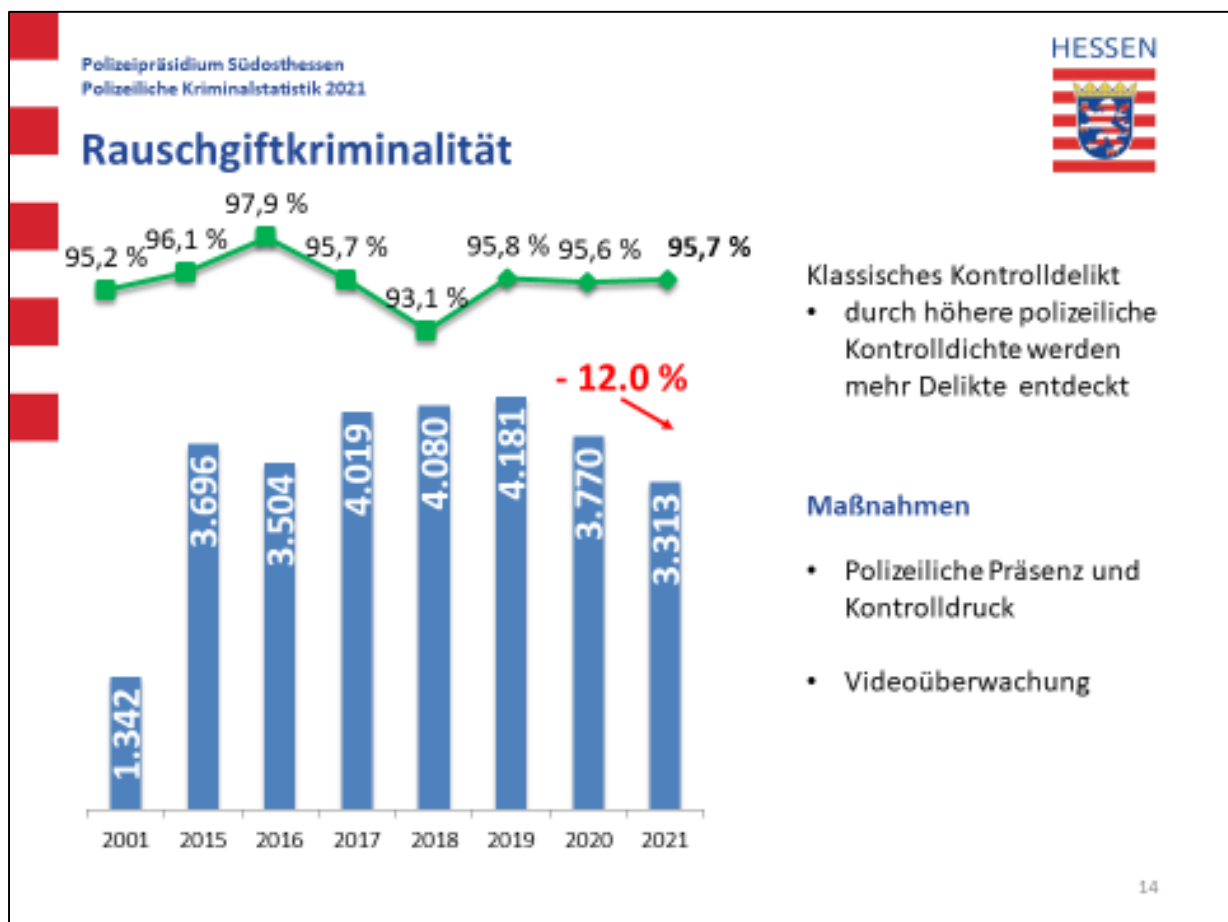
Gewalt gegen Einsatzkräfte



Rauschgiftkriminalität gesunken – Verlagerung von Kontrollschwerpunkten

Die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sind um 457 Fälle rückläufig (minus 12,0 Prozent). Für das Jahr 2021 sind 3.313 Straftaten erfasst (Vorjahr: 3.770; die Aufklärungsquote lag mit 95,7 Prozent auf dem gewohnt hohen Niveau.

Bei der Masse der einfach gelagerten Fälle der Betäubungsmittelkriminalität handelt es sich um sogenannte Kontrolldelikte. Das heißt, die Intensität der behördlichen Kontrollen bestimmt die Anzahl der Fälle. Wie bereits im Vorjahr haben sich die polizeilichen Kontrollschwerpunkte pandemiebedingt verlagert, dazu kommt, dass sich ebenfalls pandemiebedingt der Rauschgiftkonsum und Straßenhandel aus dem öffentlichen Raum „zurückgezogen haben“. Ob dies eine dauerhafte Entwicklung darstellt, bleibt abzuwarten.

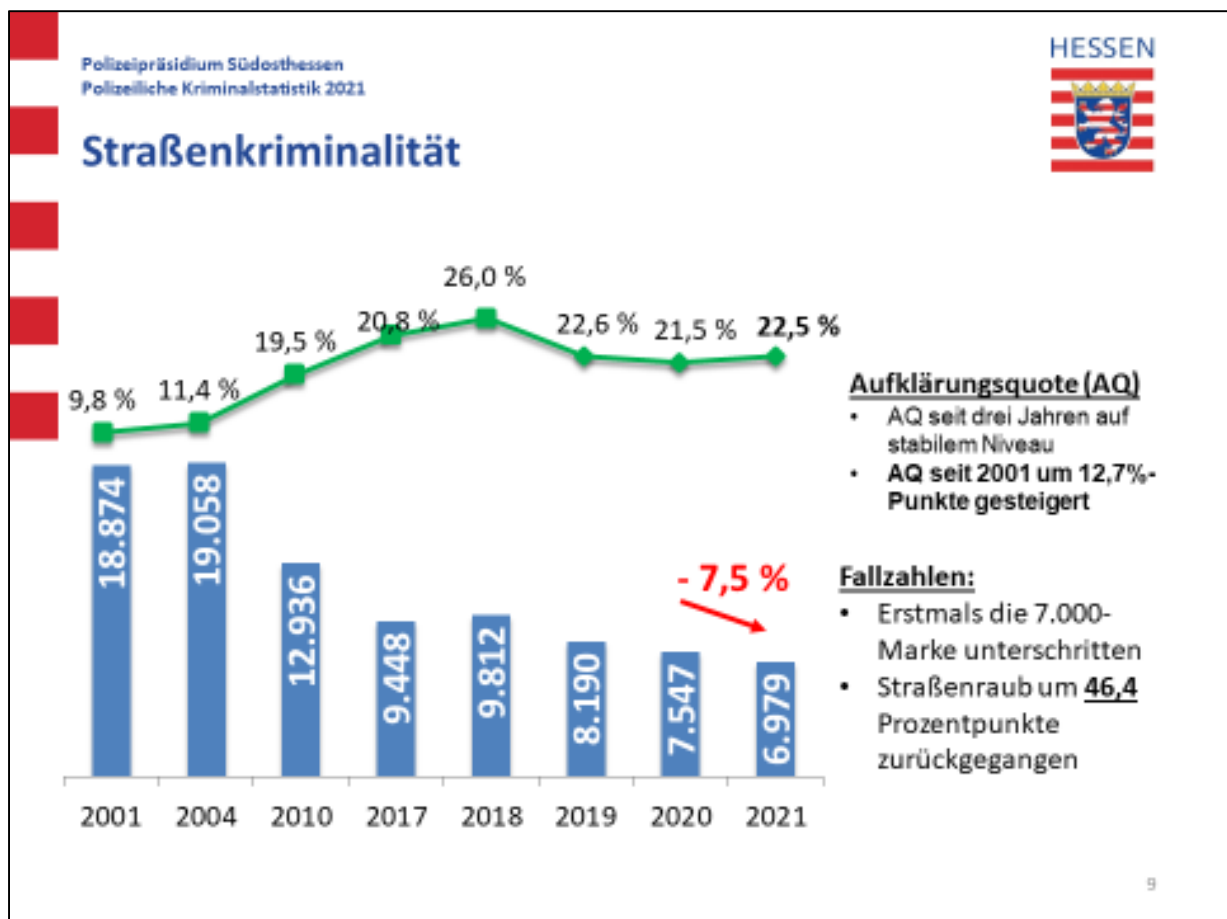


IV. Allgemeinkriminalität

Straßenkriminalität

In der Öffentlichkeit begangene Straftaten werden generell als "Straßenkriminalität" bezeichnet. Für die Polizei sind die Sicherheitsmaßnahmen in diesem Bereich von besonderer Bedeutung, denn sie beeinflussen in starkem Maße das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Zur sogenannten Straßenkriminalität zählt eine Vielzahl von Delikten, die im öffentlichen Raum begangen werden und damit zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führen können.

Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass die in der PKS erfassten Fälle von Straßenkriminalität erneut im Vergleich zum Vorjahr (7.547 Fälle) nochmal deutlich auf jetzt 6.979 Fälle abgenommen haben, was einem Minus 7,5 Prozentpunkten entspricht.



Im ersten Jahr des Bestehens des Polizeipräsidiums Südosthessen in 2001 wurden noch 18.874 Delikte registriert - seither konnten diese Delikte durch entschlossene Polizeiarbeit, eine verstärkte polizeilich Präsenz sowie die Nutzung moderner Videosicherheitstechnik um gut zwei Drittel reduziert werden. Durch diese Videoschutzanlagen wird

nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürgern gestärkt, sondern gleichermaßen auch eine bessere Strafverfolgung ermöglicht.

Lag die Aufklärungsquote 2001 noch bei 9,8 Prozent, so konnte diese im Jahr 2021 mit 22,5 Prozent mehr als verdoppelt werden (2020: 21,5 %).

Ein gravierender Rückgang wurde im Vergleich zum Vorjahr beim Straßenraub festgestellt. Hier gingen die erfassten Fälle um 46,4 Prozent zurück. Auch beim Straßendiebstahl wurden rund 4,7 Prozent weniger Fälle (3.914), als noch im Jahr zuvor registriert.

Diebstahl

Die Tendenzen bei der Straßenkriminalität spiegeln sich bei näherer Betrachtung auch bei den Diebstahlsdelikten wieder. Hier lässt sich ebenfalls feststellen, dass die Fallzahlen weiterhin rückläufig sind, wohingegen die Aufklärungsquote steigt. So wurden in 2021 10.394 Fälle registriert (2020: 11.890); die AQ verbesserte sich von 31,7 auf 34,3 Prozentpunkte.

Den nach wie vor den größten Anteil beim einfachen Diebstahl bilden nach wie vor die Ladendiebstähle mit 2.030 Fällen (Vorjahr: 2.223 Fälle). Bei „besonders schweren Fällen des Diebstahls¹“ waren auch im aktuellen Jahr vermehrt Kraftfahrzeuge das Ziel von Autoknackern (821 Fälle – Vorjahr: 794 Fälle).

Die Zahl der registrierten Fahrraddiebstähle war 2021 im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig: Wurden in 2020 noch 1.635 Fälle zur Anzeige gebracht, wurden in 2021 insgesamt 1.594 Fahrräder entwendet. Die Aufklärungsquote verbesserte sich von 7,9 Prozent in 2020 auf 12,5 Prozent im Jahr 2021.

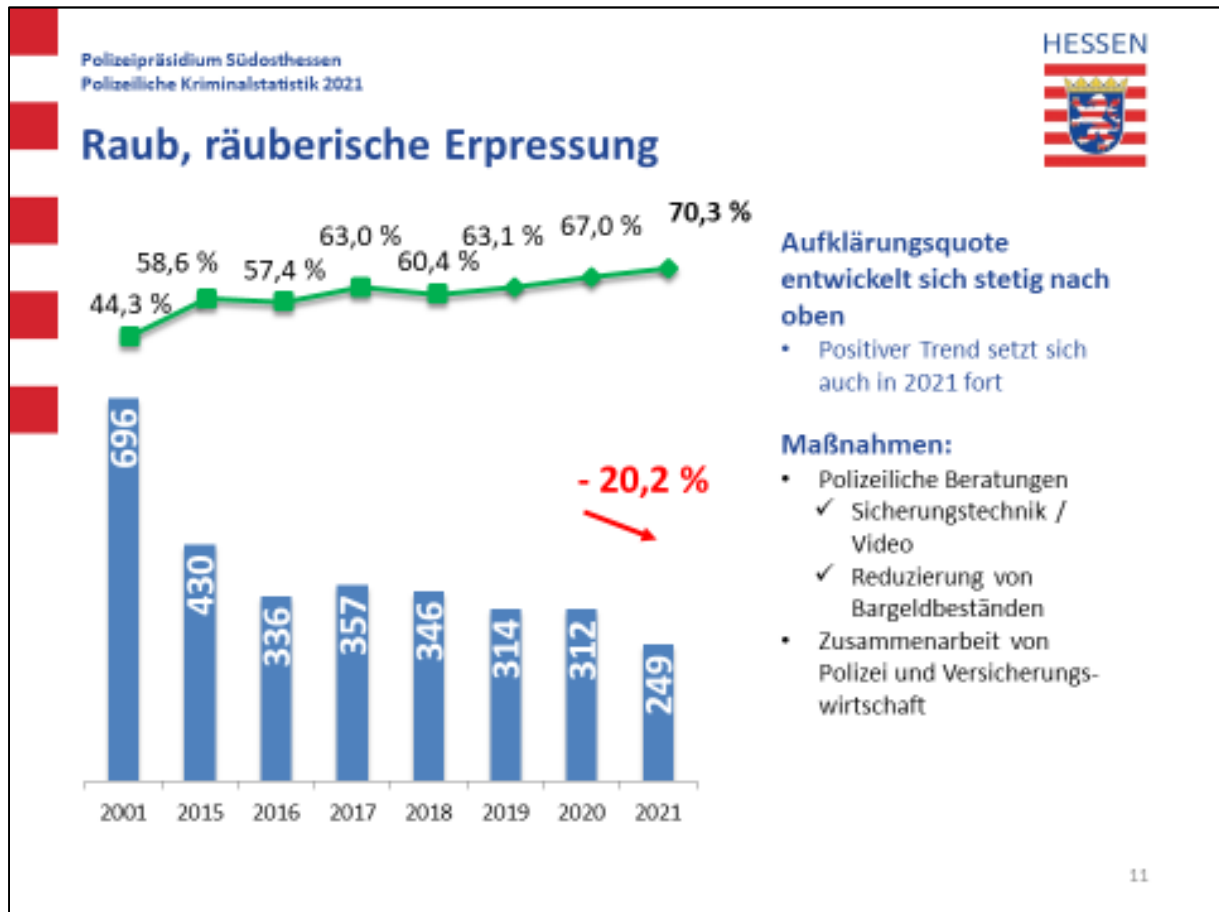
Raub und räuberische Erpressung erneut deutlich zurückgegangen

Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Diebstahlsdelikten lässt sich auch im Bereich Raub und räuberische Erpressung beobachten. Im Vergleich zu 2020 (312 Fälle) wurden nunmehr 249 Straftaten erfasst, ein Minus von 20,2 Prozent.

Im gleichen Zeitraum konnte auch die Aufklärungsquote verbessert werden und stieg auf jetzt 70,3 Prozentpunkte, ein Plus von weiteren 3,3 Prozent im Vergleich zu 2020.

Bei einer Langzeitbetrachtung gingen die Fallzahlen von 696 auf 249 zurück, die Aufklärungsquote stieg hingegen von 44,3 auf jetzt 70,3 Prozentpunkte an.

¹ § 243 StGB – Besonders schwerer Fall des Diebstahls



Körperverletzungsdelikte

Die Anzahl der Körperverletzungen nahm ein weiteres Mal ab: Sie sank um 154 Fälle (minus 4,3 Prozent) auf 3.403 Straftaten. Während im Jahr 2020 noch 92,3 Prozent aller Straftaten in diesem Bereich aufgeklärt wurden, liegt die Aufklärungsquote bei jetzt 94,2 Prozent.

Bei rund zwei Drittel der Delikte handelt es sich um Fälle **einfacher Körperverletzung** (2.339; Vorjahr: 2.296), die Aufklärungsquote liegt traditionell sehr hoch (95,7 Prozent). Die Zahl der **gefährlichen Körperverletzungen** auf Straßen, Wegen und Plätzen sank erneut auf jetzt 429 Fälle (Vorjahr: 484 Delikte) und auch hier ist eine konstant hohe Aufklärungsquote zu verzeichnen (83,2 Prozent - Vorjahr: 80,2).

Maßnahmen zur Bekämpfung der Straßenkriminalität:

„Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist ein dauerhafter Schwerpunkt der südosthessischen Polizei, der wir uns mit erhöhter Präsenz widmen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf unseren Straßen und Plätzen weiterhin sehr sicher bewegen“, so der

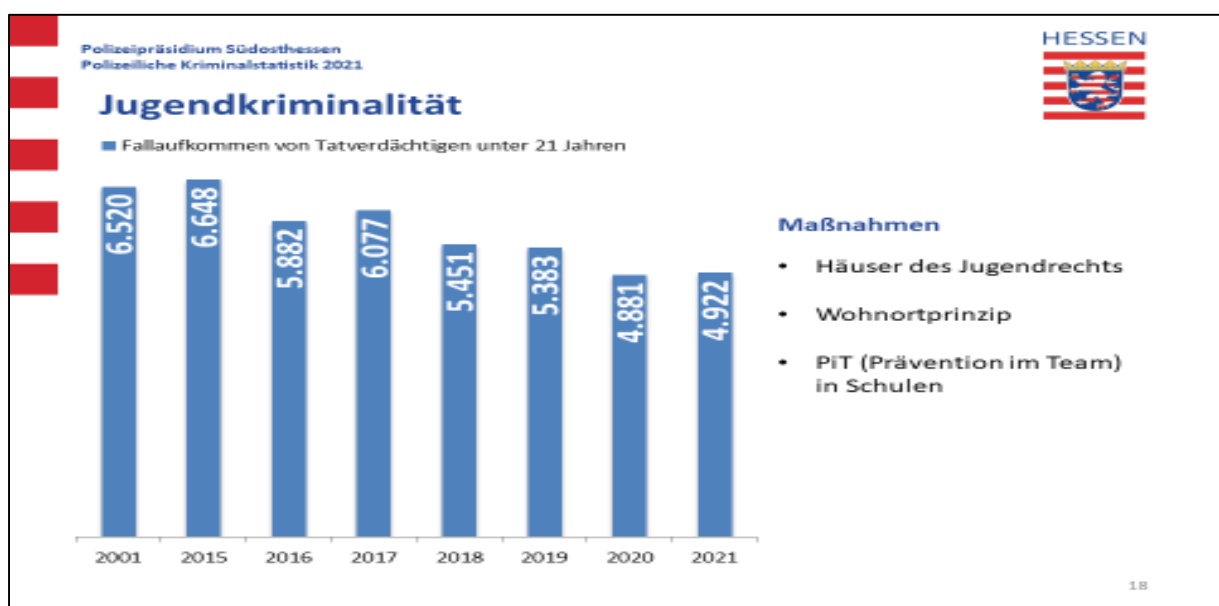
Leiter der Abteilung Einsatz, **Dirk Fornoff**. „Moderne Videosicherheitsanlagen unterstützen uns hierbei, denn sie schrecken Straftäter ab und erhöhen die polizeiliche Reaktionsfähigkeit.“

Im Bereich des Polizeipräsidiums Südosthessen waren in 2021 insgesamt 13 Videoschutzanlagen mit 81 Kameras zur gemeinsamen Nutzung von Polizei- und Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze in Betrieb. In Offenbach wurde die vorhandene Technik durch moderne Anlagen ertüchtigt. Aus den bisherigen polizeilichen Erfahrungswerten geht hervor, dass mit Hilfe der Anlagen potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden. Mögliche Gefährdungen oder Straftaten können so frühzeitig erkannt und unmittelbar polizeiliche Maßnahmen getroffen werden. Begangenen Straftaten werden infolge der verbesserten Beweissicherungs- und Identifizierungsmöglichkeiten vermehrt aufgeklärt.

Jugendkriminalität mit moderatem Anstieg

Registrierte Straftaten, die durch tatverdächtige Jugendliche (Tatverdächtige unter 21 Jahre) begangen wurden, haben nach einem Rückgang im Vorjahr im Betrachtungszeitraum wieder leicht zugenommen. So stiegen die Fallzahlen von 4.881 auf 4.922 an (plus 2,2 Prozent).

Hierzu die Leiterin der Kriminaldirektion, **Stefanie König**: „Gerade bei Jugendlichen gilt es, frühzeitig gegen delinquentes Verhalten vorzugehen, um eine Verfestigung krimineller Verhaltensmuster zu verhindern. Eine dauerhafte Reduzierung der Jugendkriminalität erreichen wir durch gezielte Präventionsarbeit.“



Die Bekämpfungskonzepte gegen Jugendkriminalität wurden weiter optimiert. So wurde etwa das übliche Tatortprinzip bei der Bearbeitung von Straftaten durch Jugendliche vom Wohnortprinzip der jugendlichen Straftäter abgelöst. Dadurch ist eine engere polizeiliche Betreuung der straffällig gewordenen Jugendlichen möglich.

Einen Baustein in diesem Kontext bildet das „Haus des Jugendrechts“. In der Stadt Offenbach wurde ein solches bereits im Januar 2019 eingerichtet. Dort arbeiten Stadt, Justiz und Polizei unter einem Dach erfolgreich zusammen, um Straftaten delinquenter Jugendlicher möglichst zeitnah gemeinsam zu beurteilen und eng das weitere Vorgehen abzustimmen, damit ein dauerhaftes Abgleiten in die Kriminalität verhindert werden kann. Durch die intensive Befassung mit jugendlichen und heranwachsenden Straftätern ist es hier gelungen, die Fälle der Jugendkriminalität zu reduzieren. Während im Jahr der Eröffnung des „Hauses des Jugendrechts“ noch 851 Fälle erfasst wurden, die durch Heranwachsende verübt wurden und 598 Fälle, die Jugendlichen anzulasten waren, so sanken die Fallzahlen für Heranwachsende auf 651 (ein Minus von 200 Fällen, was einer Abnahme von 23,5 Prozent entspricht) und für Jugendliche auf 461 (ein Minus von 127 Fällen, was einer Abnahme von 21,2 Prozent entspricht).

Ferner hat sich die Zahl der Verfahren, bei denen ein Täter-Opfer-Ausgleich durchgeführt wird, durch die Einführung des „Haus des Jugendrechts“ in etwa verdoppelt.

„Vor dem Hintergrund des für Offenbach hoffentlich nachhaltigen Erfolges sehe ich der geplanten Einrichtung eines weiteren Hauses des Jugendrechts in unserem Zuständigkeitsbereich, nämlich in Hanau sehr optimistisch entgegen. Die Jugend ist unsere Zukunft und jeder Jugendliche, der in die Kriminalität abgleitet, einer zu viel“, so Polizeipräsident **Eberhard Möller**.

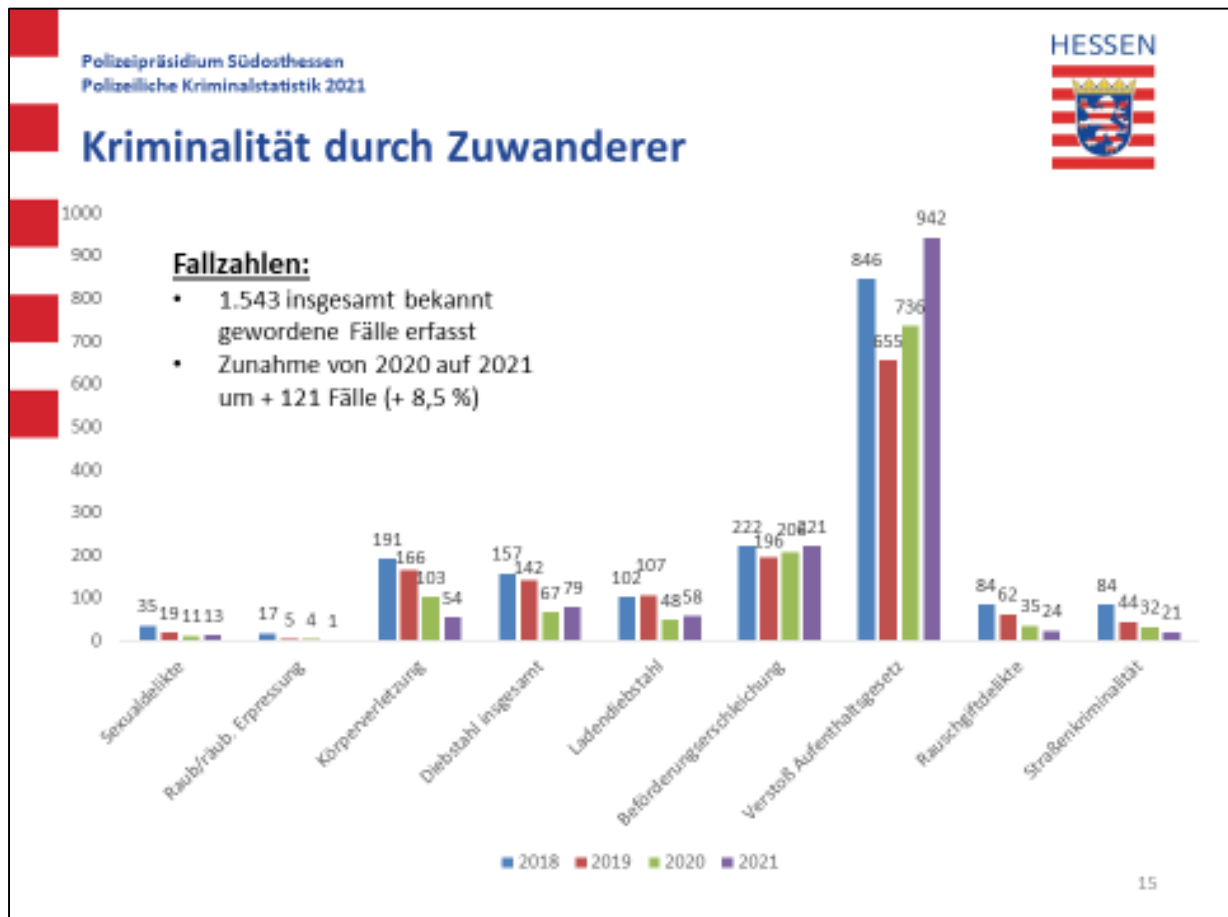
Allgemeinkriminalität im Zusammenhang mit Zuwanderern

Im Kontext der Zuwanderung - dabei handelt es sich um Straftaten, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde - ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg zu notieren: In 2021 wurden 1.543 Fälle bekannt (Vorjahr 1.422 Fälle) - das sind 121 Fälle (+ 8,5%) mehr.

Mit 942 registrierten Fällen machen auch im Jahr 2021 mehr als die Hälfte der Straftaten durch Zuwanderer die Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz aus (2020: 736 Fälle). Dies könnte durch die geografische Lage des Polizeipräsidiums Südosthessen und der durch das Dienstgebiet verlaufenden Autobahnen 3 und 45 zu erklären sein. Insbeson-

dere an den Tank- und Rastanlagen wurden wiederholt Personen angetroffen, die keinen Aufenthaltstitel für die Bundesrepublik Deutschland haben und vermutlich dort abgesetzt wurden.

Ein leichter Anstieg der Fallzahlen (von 67 auf 79) konnte ebenfalls im Bereich der Diebstahldelikte festgestellt werden, wohingegen sich die Körperverletzungsdelikte unter Beteiligung von Zuwanderern von 103 auf 54 nahezu halbierten.



V. Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Im Deliktsbereich PMK sind für 2021 insgesamt 448 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr 146 Fälle (+48,3 Prozent). Die Anzahl der Gewaltdelikte stieg mit 22 Fällen gegenüber 2020 (15 Fälle) ebenfalls.

Anmerkung: Die Zahlen des Jahres 2021 der Politisch motivierten Kriminalität stehen unter dem Vorbehalt des derzeit erfolgenden Fallzahlenabgleichs mit dem Bundeskriminalamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz. Es können sich daher noch marginale Abweichungen ergeben.

Die Entwicklung der unterschiedlichen Phänomene stellt sich wie folgt dar:

Der Gesamtanstieg liegt insbesondere in einer massiven Zunahme der Straftaten im Bereich PMK -nicht zuzuordnen-. In diesen fallen sogenannte Phänomene übergreifende Straftaten, die nicht den übrigen PMK-Kategorien (wie zum Beispiel „Rechts“ oder „Links“) zugeordnet werden können.

Diese haben sich von 91 Fällen in 2020 auf 272 Fälle in 2021 verdreifacht. Bei dem Anstieg dürfte nach unserer Einschätzung die Kommunalwahlen in Hessen, beziehungsweise die Bundestagswahl im September 2021 eine Rolle gespielt haben. Hinzu kommen Protestaktionen oder sonstige Veranstaltungen von sogenannten Querdenkern oder Personen, die den staatlich verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie kritisch bis ablehnend gegenüberstehen. Die dieser Szene zugeschriebenen Delikte gegen Amts- und Mandatsträger lag in 2021 bei 129 Fällen.

Während die Zahl im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (links) mit 22 Fällen im Vergleich zur Vorjahr (23 Fälle) nahezu gleichblieb, verringerten sich die Zahlen bei PMK (rechts) merklich um 43 Fälle auf nunmehr 134 (Vorjahr 177), was eine Abnahme von minus 24,3 Prozent darstellt. Gleichwohl war nach dem Anschlag von Hanau eine Sensibilisierung in der Bevölkerung zu erkennen was zu einer erhöhten Anzeigebereitschaft führte (zum Beispiel bei Hakenkreuzschmierereien).

Nahezu verdoppelt haben sich hingegen die Zahlen im Bereich der Straftaten mit dem Hintergrund „ausländische Ideologien“ von 8 auf 17 Fälle. Ein innerhalb des Staatsschutzkommissariats gebildetes Sachgebiet befasst sich seit dem Jahr 2020 zielgerichtet mit diesem Phänomenbereich.

Straftatbestände PMK 2017 – 2021 (Auswahl)

	2017	2018	2019	2020	2021	Entwicklung zum Vorjahr
PMK gesamt davon	117	88	168	302	448	48,34%
Gewalttaten	3	5	6	15	22	
Propagandadelikte	35	31	81	98	66	
PMK -rechts	53	39	113	177	134	-24,29%
Propagandadelikte	27	24	81	95	65	
Volksverhetzung	19	13	20	52	32	
Gewalttaten	-	1	3	4	7	
Sachbeschädigung	4	-	3	3	5	
PMK -links	13	8	15	23	22	-4,35%
Sachbeschädigung	6	6	8	14	10	
Gewalttaten	3	1	0	0	8	
Verstoß gegen das Versammlungsgesetz	-	-	3	3	0	
PMK -ausländische Ideologie	5	10	3	8	17	113%
Sachbeschädigung	1	1	0	3	1	
Gewalttaten	-	-	0	0	0	
Straftaten mit angenommenen terror. Hintergrund**	2	3	0	0	1	
Verstoß gegen das Versammlungsgesetz	2	4	0	0	0	
PMK -religiöse Ideologie	5	5	6	3	3	0,00%
Straftaten mit angenommenen terror. Hintergrund**	2	3	2	0	1	
Gewalttaten	-	-	0	1	1	
PMK -nicht zuzuordnen	41	26	31	91	272	198,90%
Propagandadelikte				1	0	
Gewalttaten				10	6	

*Seit dem 1. Januar 2017 wurde der Phänomenbereich „PMK Ausländer“ im bundesweit einheitlichen KPMD-PMK durch die Kategorien „PMK ausländische Ideologie“ und „PMK religiöse Ideologie“ ersetzt.

** Hierunter fallen Delikte nach §§89a StGB und §§129a, b StGB.

VI. Prävention

Gemeinsam für mehr Sicherheit

„Die Verantwortlichkeit für das Thema Sicherheit wird nach allgemeiner Betrachtung gerne ausschließlich der Polizei zugeschrieben. Im Wesentlichen basiert ihre Gewährleistung auf den beiden Säulen Repression und Prävention“, erläuterte Polizeipräsident Eberhard Möller. „Die Repression, also die Verfolgung von Straftaten, ist ein Monopol des Staates und liegt in der Zuständigkeit von Justiz und Polizei. Bei der Prävention hingegen handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Bürger, Kommunen und Polizei zielgerichtet an gemeinsamen Strategien arbeiten sollten. Nur gemeinsam lassen sich passgenaue Lösungen zur Stärkung der lokalen Sicherheitslage, aber auch des Sicherheitsgefühls der betreffenden Bevölkerung, finden.“

Unter der neuen Dachmarke „Gemeinsam sicher In Hessen“ plant das Hessische Innenministerium eine noch stärkere Vernetzung zwischen Bevölkerung, Kommunen und Polizei. Im Zentrum der bundesweit einmaligen Initiative sollen die Bürgerinnen und Bürger stehen, die sich künftig selbst noch stärker bei wichtigen Fragen zur Sicherheit, Ordnung und dem Sicherheitsgefühl in ihrer Kommune einbringen sollen. Damit sollen die Maßnahmen verstärkt werden, die bisher bereits unter dem Projekt KOMPASS im Bereich Südosthessen erfolgreich in der Umsetzung sind.

Zum Start des Projektes „**KOM**munal**ProgrA**mm**S**icherheits**S**iegel“ waren bereits 2017 mit Hanau und Maintal zwei Modellkommunen dabei, deren Beispiel folgten Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Gelnhausen, Langenselbold, Gründau, Hammersbach, Nidderau und Schöneck im Main-Kinzig-Kreis sowie Dietzenbach, Mühlheim, Neu-Isenburg, Obertshausen und Rödermark im Kreis Offenbach. Im Jahr 2021 kamen vier weitere Kommunen (Rodenbach, Bruchköbel, Erlensee und Neuberg) zur Kompass-Familie hinzu, so dass sich mit aktuellem Stand 19 von 43 Kommunen der Sicherheitsinitiative angeschlossen haben. Zwei weitere Kommunen interessieren sich aktuell für das Projekt. Aktuell werden in sechs Kommunen Bürgerbefragungen durchgeführt.

Von den beiden Modellkommunen wurde der Stadt Maintal am 28.10.2021 das KOMPASS-Siegel verliehen, für Hanau steht diese Verleihung bevor. Es ist das sichtbare und anerkennende Zeichen dafür, dass die Kommune mit herausragendem Einsatz mehr für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger unternommen hat und sich auch weiterhin verpflichtet fühlt, den Sicherheitsgedanken vor Ort mit Leben zu füllen.

Präventionsarbeit gegen politisch motivierte Kriminalität

In der vielfältigen Präventionsarbeit gegen politisch motivierte Kriminalität (PMK) ist im Jahr 2021 zum einen das (Pilot)Projekt „eXtrem schlau!“ zur Demokratieförderung und gegen Extremismus hervorzuheben. In Zusammenarbeit mit dem zivilgesellschaftlichen Netzwerkpartner Creative Change e.V. wurden unter Einbindung theaterpädagogischer Elemente vier aufeinander aufbauende Workshops und ein Projekttag für die Jahrgangsstufen 9 und 10 des Leibniz Gymnasiums in Offenbach konzipiert, angeboten, umgesetzt und dokumentiert. Die Abschlussveranstaltung des Projekts Netzwerkprojekts „eXtrem schlau“ fand in dem neuen Präsidialgebäude des Polizeipräsidium Südosthessen statt.

Zum anderen konnte die jüdische Gemeinde Hanau bei der Entwicklung eines digitalen Präventionsprojektes zum Thema Jüdisches Leben und Antisemitismus zu den möglichen Förderungen über das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (Förderphase 2020 bis 2024) informiert und gemeinsam ein Konzept für eine digitale Synagogenführung erstellt werden.

Ganz offiziell wurde das Infoportal zur digitalen Synagogenführung am 23. September 2021 durch Herrn Oliver Dainow (Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde in Hanau), in Anwesenheit des Polizeipräsidenten Eberhard Möller (Polizeipräsidium Südosthessen, Offenbach am Main), dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für das jüdische Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Uwe Becker, dem Bürgermeister der Stadt Hanau, Axel Weiss-Thiel, Frau Dr. Julia Emig (HKE / Referat Prävention, HMdIS) und ausgewählten Gästen freigeschaltet.

Videoüberwachung als Teil der strategischen Prävention

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum stellt ein wesentliches Hilfsmittel der Prävention dar. In der Vergangenheit hat sich diese mehrfach sowohl in der Gefahrenabwehr, als auch in der Strafverfolgung bewährt. Die guten Erfahrungen unter anderem mit der Videoschutzanlage in Hanau haben gezeigt, dass diese auch im letzten Jahr in mehreren Fällen zur Identifizierung von Tatverdächtigen und zur Aufklärung von Straftaten beigetragen hat. Derzeit befinden sich auf Grund der guten Erfahrung weitere Standorte in Hanau in der Prüfung.

In den Kommunen Dietzenbach und Offenbach wurden die bestehenden Anlagen grundlegend erneuert sowie teilweise erweitert. In der Offenbacher Innenstadt wurde die Anzahl der Kameras von zuvor sechs Kameras auf nunmehr 13 erhöht. Damit einher

geht eine erhebliche Steigerung der Bildqualität und daraus folgend eine deutlich bessere Identifizierungsmöglichkeit von tatbeteiligten Personen.

VII. Fazit

„Die schon seit Jahren positive Entwicklung der Kriminalstatistik fand im Jahr 2021 ihre Fortsetzung. Wir registrierten im Polizeipräsidium Südosthessen so wenige Straftaten, wie nie zuvor. Die Gefahr für die Menschen, hier Opfer einer Straftat zu werden, war so niedrig wie nie zuvor.

Die Aufklärungsquote konnte erneut gesteigert werden - sie stellt mit 68,2 Prozent den höchsten Wert seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen dar. Das bedeutet für Straftäter ein hohes Risiko, entdeckt und zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dieses gute Ergebnis ist auch ein Ausdruck des Vertrauens der hiesigen Bevölkerung in ihre Polizei, was sich durch die vielen Hinweise dokumentiert, die zur Tataufklärung unverzichtbar sind. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

*Das Ergebnis der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik bestärkt uns in unserem Auftrag, auch zukünftig für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region alles zu tun, um das Straftatenaufkommen so gering und die Aufklärungsquote so hoch wie möglich zu halten“, versicherte Polizeipräsident **Eberhard Möller**.*

Allgemeine Hinweise:

Zum Inhalt:

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) enthält alle die der Polizei bekannt gewordenen rechtswidrigen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche, die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen und eine Reihe weiterer Angaben zu Fällen, Opfern oder Tatverdächtigen. Nicht enthalten sind hingegen Staatsschutzdelikte, Verkehrsdelikte, Ordnungswidrigkeiten, Delikte, die nicht zum Aufgabenbereich der Polizei gehören (z. B. Finanz- und Steuerdelikte) und Straftaten, die unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Die PKS dient der Beobachtung der Kriminalität und einzelner Deliktsarten. Sie gibt zudem Auskunft zur Zahl der Tatverdächtigen und Opfer sowie der Veränderung von Kriminalitätsquotienten wie Aufklärungsquote und Häufigkeitszahl. Sie ist ein unverzichtbares Hilfsmittel, um Entwicklungen und Kriminalitätsbrennpunkte – insbesondere in Langzeitvergleichen – zu erkennen. Aufgrund ihrer Aussagekraft können strategische Präventions- und Bekämpfungsansätze entwickelt werden.

Definitionen:

Kriminalitätsbelastung (Häufigkeitsziffer - KHZ):

Die KHZ ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktsarten, errechnet auf 100.000 Einwohner. Die Aussagekraft der Häufigkeitszahl wird dadurch verzerrt, dass u. a. Stationierungstreitkräfte, ausländische Durchreisende, Touristen, Besucher und grenzüberschreitende Berufspendler sowie Nichtdeutsche, die sich illegal im Bundesgebiet bzw. in Hessen aufhalten, in der Einwohnerzahl nicht enthalten sind. Straftaten, die von diesem Personenkreis begangen wurden, werden aber in der Polizeilichen Kriminalstatistik gezählt. Stichtag ist grundsätzlich der 1. Januar des Berichtsjahres. Sie drückt die durch die Kriminalität verursachte Gefährdung aus.

Aufklärungsquote (AQ):

bezeichnet das prozentuale Verhältnis von aufgeklärten zu bekannt gewordenen Fällen im Berichtszeitraum. Eine Aufklärungsquote über 100 % kann z. B. zustande kommen, wenn im Berichtszeitraum noch Fälle aus den Vorjahren nachträglich aufgeklärt wurden.

Hinweis:

Die ausführliche Presseinformation samt einer PowerPoint-Präsentation finden Sie im

Anhang oder auf unserer Internetseite <https://ppsuh.polizei.hessen.de/Ueber-uns/Regionales/Kriminalstatistik/>

Dort sind auch die regionalen Betrachtungen für die Bereiche Stadt Offenbach, Kreis Offenbach, Stadt Hanau und Main-Kinzig-Kreis zu finden.

Nach Fertigstellung wird zudem die aktuelle „Grünen Broschüre“ mit Betrachtungen aller Kommunen des Polizeipräsidiums Südosthessen dort eingestellt.

Rudolf Neu

Polizeipräsidium Südosthessen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Spessartweg 61, 63067 Offenbach am Main
Telefon: 069 8098-1200, Telefax: 0611 327665014
Mail: poea.ppsuh@polizei.hessen.de